

Der Oktoberumsturz 1917 in Petrograd und seine Bewertung in Deutschland

Die Russische Revolution von 1917 konterkarierte den hergebrachten Lauf der Dinge und wurde zum Vorboten einer neuen Epoche nicht nur in der nationalen, sondern auch in der europäischen Geschichte. Allerdings stand sie in der ersten Zeit im Schatten des Ersten Weltkriegs. Ausländische Beobachter sahen in dem Zusammenbruch der Autokratie vor allem eine Folge der Niederlagen an der Front, der Unfähigkeit der Zarenregierung, die Wirtschaft des Landes auf Kriegsbetrieb umzustellen und der Weigerung der russischen Gesellschaft, die Legitimität des morschen Regimes anzuerkennen. „Das Große zeigt sich aus der Ferne“, schrieb einmal Sergej Esenin. Das gesamte Ausmaß der politischen, geschweige denn der sozialen Veränderungen, die von der Revolution begonnen worden waren, konnten sich 1917 noch nicht einmal ihre Schöpfer vorstellen.

Sowohl die Verbündeten Russlands in der Entente als auch sein Hauptgegner – Deutschland, stellten sich nach dem Februar 1917 vor allem die praktische Frage, ob das neue Russland aus dem Weltkrieg austreten würde oder nicht. Darauf war auch ihre Russlandpolitik aufgebaut, die sich im Großen und Ganzen auf eine operative Reaktion beschränkte, ohne eine eigene Strategie zu entwerfen. Die Verbündeten versprachen eine Ausweitung der materiellen Hilfe und sandten der Provisorischen Regierung Unterstützungstelegramme. Deutschland setzte auf den Rückhalt der Gegner Russlands aus dem Lager der Linksradiكالen und der nationalen Bewegungen. Aber je unumkehrbarer der Revolutionsprozess in Russland wurde, desto weiter entfernte sich die Analyse seiner tieferliegenden Gründe und langfristigen Perspektiven in den europäischen Ländern von der Dominanz militärischer Erwägungen.

Die Einsicht, dass es um sehr viel mehr ging als um den Austritt oder Nichtaustritt Russlands aus dem Weltkrieg, stellte sich im Herbst 1917 ein. Der Zerfall der staatlichen Institutionen in Petrograd und vor Ort, die Fronde der nationalen Randgebiete des Russischen Reiches, der Rückgang der Produktion und die spontane Demobilisierung der Armee, sowie schließlich die Lebensmittelkrise – all dies machte die Hoffnung westlicher Sozialisten und Liberaler zunichte, Russland könne den Weg der europäischen demokratischen Entwicklung beschreiten. Ein erschütternder „Moment der Wahrheit“ für die Zeitgenossen war die Machtergreifung durch die Partei der Bolschewiki. Die Provisorische Regierung Kerenskij's versah sie mit dem Etikett „deutsche Spione“, was die ausländischen Reaktionen auf die Bildung der Regierung der Volkskommissare in Russland polarisierte.

Diese Art der Polarisierung lässt sich deutlich am Beispiel Deutschlands verfolgen. Für dessen herrschende Kreise war die neue Phase der Russischen Revolution damit verbunden, dass man mit dem Abschluss eines Separatfriedens im Osten rechnete. Die bürgerlich-liberalen Parteien und die gemäßigten Sozialisten fürchteten eine „Bolschewismus-Epidemie“, der weder die Schützengräben an der Front noch Staatsgrenzen Einhalt gebieten könnten. Ein beliebtes Bild des Neuen Russland im Milieu der schöpferischen Intelligenz war die „zweite große Völkerwanderung“,

die diesmal die ganze Welt erfassen und nicht nur eine geografische, sondern auch eine soziale sein werde. Schließlich erblickte eine kleine Gruppe deutscher Gesinnungsgenossen der Leninpartei das „Licht aus dem Osten“, das sich in nicht allzu ferner Zukunft auch auf das eigene Land ausbreiten werde.

Es gibt eine umfangreiche wissenschaftliche Literatur zur Reaktion dieser oder jener Fraktion der deutschen politischen Klasse auf den Sieg der Bolschewiki – von Regierungsvertretern und militärischen Kreisen, Führern der parlamentarischen Parteien, aber auch von maßgeblichen Experten und Journalisten.¹ Dieses Thema ist auch in der aktuellen deutschen Geschichtsschreibung äußerst beliebt und liegt im Trend der „soziokulturellen Wende“, die ihr Hauptaugenmerk auf den mentalen Subtext richtet, der der einen oder anderen politischen Entscheidung zugrunde liegt.

Die Frage, welche Rolle die Wahrnehmung der Russischen Revolution in Deutschland gespielt hatte, war eines der Schlüsselthemen des „Historikerstreits“ in der Bundesrepublik Deutschland 1986.² Während Ernst Nolte, der die Diskussion über die „Singularität“ der Naziverbrechen angestoßen hatte, in der Reaktion des deutschen Bürgertums auf die Ereignisse in Russland die „große Angst“ erblickte, die letztlich zur Herrschaft Hitlers führte,³ so vermeiden linke Historiker eine Eindimensionalität und direkte Beschuldigung der Architekten der revolutionären Diktatur. „Der Bolschewismus weckte sicherlich Furcht, aber ebenso eine spekulative Neugierde [in der deutschen Gesellschaft, A. V.]. Was in Rußland passierte, sprengte ja alle hergebrachten Maßstäbe. Und dem entsprach die Spannbreite der Interpretationen.“⁴

Ohne den Anspruch, das gesamte Spektrum dieser Interpretationen zu erfassen, versucht der Autor in diesem Artikel, die allererste, unmittelbare Reaktion der deutschen Politiker auf den Oktoberumsturz in Petrograd zu systematisieren – eine Reaktion, die sich in vielerlei Hinsicht auf die Stereotype ihrer traditionellen Wahrnehmung Russlands und der Russen stützt. Um am Schluss eine „Momentaufnahme“ zu erhalten, erscheint es sinnvoll, den Untersuchungszeitraum auf die Unterzeichnung des Friedensvertrags von Brest-Litovsk zu begrenzen. Im Rahmen des am 3. März 1918 geschlossenen Vertrags stellten beide Länder ihre diplomatischen Beziehungen wieder her, wodurch der Informationsfluss über die Ereignisse in Sowjetrußland, der Berlin erreichte, um ein Vielfaches anstieg. Deutschland seinerseits wurde ab dem Frühjahr 1918 für die Lenin-Regierung zum wichtigsten „Fenster nach Europa“, auch wenn dieses mit dem Filter der Kriegszensur und der Polizeibesitzung versehen war.

Während in den Ländern der Entente die Festigung der Macht der Bolschewiki in Petrograd konspirologisch als Sieg prodeutscher Kräfte, die sich hinter dem Spruch „Frieden um jeden Preis“ versteckten, aufgenommen wurde, war die Reaktion in der deutschen Militärführung direkt ent-

- 1 Siehe *Gerd Koenen*: Blick nach Osten. Versuch einer Gesamt-Bibliographie der deutschsprachigen Literatur über Russland und den Bolschewismus 1917–1924. In: *Gerd Koenen, Lew Kopelew* (Hrsg.): Deutschland und die Russische Revolution. 1917–1924. München 1998, S. 827 [= West-östliche Spiegelungen. Reihe A, Bd. 5]
- 2 *Gerrit Dworok*: „Historikerstreit“ und Nationswerdung. Ursprung und Deutung eines bundesrepublikanischen Konflikts. Köln 2015.
- 3 *Ernst Nolte*: Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus. München 1987.
- 4 *Lew Kopelew, Gerd Koenen*: Verlorene Kriege, gewonnene Einsichten. Rückblick vom Ende eines Zeitalters. Ein Gespräch. In: *Dies.* (Hrsg.), Deutschland und die Russische Revolution, S. 20.

gegengesetzt. Eine neue Welle spontaner Verbrüderungen an der Ostfront und der Vorschlag des Rates der Volkskommissare, unverzüglich einen Waffenstillstand zu unterzeichnen und Friedensverhandlungen aufzunehmen, wurden als Anerkenntnis der eigenen Niederlage durch Russland ausgelegt. In seinem Interview mit der Zeitung „Freie Presse“ vom 19. November 1917 erklärte General Ludendorff, die Machtergreifung der Bolschewiki sei nicht bloß Zufall, sondern das gesetzmäßige Ergebnis unserer Politik der vorangegangenen Jahre. Der Historiker Juri Felschtinski legt diesen Satz als Anspielung darauf aus, dass hinter dem bolschewistischen Umsturz die Zersetzungsbearbeitung und Finanzspritzen Deutschlands gestanden hätten.⁵

Der Traum der deutschen Expansionisten von einem „Europa der Mitte“ unter ihrer Kontrolle und der Verwandlung des Nachbarn im Osten in einen stummen Vasallen schien sich zu erfüllen. Einer der Führer der rechten Nationalliberalen Partei Deutschlands, Axel Ripke, erklärte am 7. Dezember 1917: „Die russische Demokratie kann nur dann ihre friedliche Tätigkeit aufnehmen, wenn der deutsche Militarismus seine siebringende Arbeit beendet hat.“⁶ Der Vertreter des Außenministeriums im Hauptquartier der Obersten Heeresleitung teilte am 25. November mit, dass nach Meinung der Militärführung „sich die Situation in einem für uns günstigen Sinne entwickelt, die Hoffnungen auf einen Frieden um jeden Preis steigen [...]. Die Zahl der Ersuchen um einen Waffenstillstand erhöht sich [...]. Lenin ist es gelungen, die Front unter seine Kontrolle zu bringen. Das Hauptquartier hält es für äußerst wünschenswert, der Lenin-Regierung Geld zu senden.“⁷

Um bei den Lesern nicht einmal den Gedanken an eine mögliche Wiederholung der russischen Ereignisse in Deutschland aufkommen zu lassen, machte sich die amtliche Presse des Landes mit verdoppelter Energie daran, sich eines der wichtigsten Postulate der Kriegspropaganda der vorangegangenen Jahre zunutze zu machen: Russland sei ein asiatisches Land, und jegliche Versuche, es auf den Weg der europäischen Entwicklung zu bringen, seien zum Scheitern verurteilt. Die Machtergreifung der Bolschewiki wurde nicht als Ausweitung der Revolution interpretiert, sondern als ihr ruhmloser Abschluss, als Auflösung im „asiatischen Chaos“, aus dem es nur einen Ausweg gebe – eine „Zwangsverwaltung“, die in Wirklichkeit eine ausländische Besatzung bedeutete.

Für das Massenbewusstsein der Deutschen, das sich in drei Kriegsjahren an die Vorstellung vom wilden und unregierbaren Russland gewöhnt hatte und diese im Laufe von sechs Monaten der Revolution mit Bildern revolutionärer Orgien und eines Staatszusammenbruchs komplettiert hatte, war hier nichts Neues. Das Land löste sich von seinen historischen Wurzeln, es wurde von Putschen und Umstürzen erschüttert, wankte einmal nach links, einmal nach rechts. Nicht zufällig zogen die Zeitungen Parallelen sowohl zur Pariser Kommune, als auch zu General Cavaignac und zu Auguste Blanqui.

5 Ju. Fe'lstinskij (red.): Germanija i revoljucija v Rossii. 1915–1918. Sbornik dokumentov. Moskva 2013, S. 12.

6 Zit. nach: H. Bertsch, M. Weißbecker: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland und die Große Sozialistische Oktoberrevolution. In: A. Anderle, Klaus Mammach u. a. (Hrsg.): Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und Deutschland. Bd. 1. Berlin (DDR) 1967, S. 216.

7 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA AA), R 10085.

Das, was bei der ersten Annäherung wie eine „weitere Umwälzung“ in einer Kette revolutionärer Ereignisse ausgesehen hatte,⁸ wurde nach Ablauf der ersten Wochen als wesentlich schwerwiegender wahrgenommen. An die Macht in einem zerstörten Land kam eine Partei, die mit härtesten Maßnahmen begann, die Willkür der revolutionären Volksmenge zu bekämpfen und gleichzeitig die Versprechen ihrer Vorgänger zu erfüllen, die ruhmlos von der historischen Bühne abgetreten waren. „Ein allgemeines Streben nach Frieden, sofort und um jeden Preis“ – das war der stärkste Eindruck des französischen Offiziers Jacques Sadoul, der Anfang Oktober 1917 in Petrograd eintraf. In seinem ersten Brief in die Heimat hob er hervor: Alle Russen wollen Frieden, können ihn aber nicht organisieren.⁹ Buchstäblich zwei Wochen später hatte sich ein derartiger Organisator gefunden. Die Bolschewiki festigten ihren Machtantritt mit dem berühmten „Dekret über den Frieden“, wobei sie sich für den Austritt aus dem Krieg nach dem Prinzip „um jeden Preis“ entschieden und die Hoffnungen der in Soldatenmäntel gehüllten sozialen Unterschichten über jegliche geopolitischen Erwägungen und Bündnisvereinbarungen stellten. Das Dekret wandte sich nicht nur an die Russen, sondern auch an die „an die klassenbewussten Arbeiter der drei fortgeschrittensten Nationen der Menschheit und der größten am gegenwärtigen Kriege beteiligten Staaten: Englands, Frankreichs und Deutschlands“.¹⁰ Sie sollten die Regierungen ihrer Länder zwingen, sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Für das deutsche Oberkommando klangen diese Worte wie himmlisches Manna.

Mit ihrer Reaktion waren die deutschen Generäle nicht allein. Auch die Diplomaten betrachteten den Oktoberumsturz als Ereignis, das zu einer Wende im Verlauf des Weltkriegs führen könne. Der Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Schweden, Kurt Riezler, trug in sein Tagebuch am 14. Januar 1918 ein: „Lenin ist in Russland tatsächlich zur Herrschaft gekommen – das ist ein weiteres Wunder zu unserer Rettung.“¹¹ In Berlin glaubte man im ersten Moment gar nicht an die Echtheit des Dekrets über den Frieden. Auf den Sitzungen im Außenministerium wurde die Frage diskutiert, ob die Veröffentlichung nicht ein raffinierter Zug der englischen Propaganda sei, um die „Regierung der Maximalisten“, wie sie die Bolschewiki nannten, in Misskredit zu bringen.¹²

Erst am 3. Dezember 1917, also fast einen Monat nach dem Umsturz in Petrograd, hielt Richard Kühlmann, der Staatssekretär des Äußeren, Kaiser Wilhelm einen Vortrag darüber, welche Politik gegenüber Sowjetrußland betrieben werden sollte. Die Ausgangsthese war eine Art Variation über das Thema des „schwachen Gliedes“, nur im Unterschied zu Lenin ging es hier nicht um die „Kette des Imperialismus“, sondern um die Entente.¹³ Die Bolschewiki seien zum Werkzeug der Zerstörung der den Mittelmächten gegenüberstehenden Koalition geworden. Der Leiter der diplomatischen Behörde stellte eine Übereinstimmung der Interessen mit den Gegnern von gestern fest. Sie brauchten „zur Befestigung ihrer eigenen Stellung den Frieden; und auf der ande-

8 Vorwärts vom 11. Nov. 1917.

9 *Ž. Sadul'* [Jacques Sadoul]: *Zapiski o bolševistskoj revoljucii (oktjabr' 1917 – janvar' 1919)*. Moskva 1990, S. 19.

10 *Institut Marksizma-Leninizma pri CK KPSS* (Hrsg.): *Dekrety Sovetskoj vlasti*. T. I. Moskva 1957, S. 15 f.

11 *Kurt Riezler: Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*. Hrsg. von *Karl D. Erdmann*. Göttingen 2008, S. 454.

12 PAAA, R 10085.

13 „Als schwächstes Glied in der feindlichen Kette erschien der russische Ring; es galt daher, ihn allmählich zu lockern und wenn möglich herauszulösen.“ Zit. nach: *Gerd Koenen: Der Rußland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900–1945*. München 2005, S. 130.

ren Seite haben wir alles Interesse daran, ihre vielleicht nur kurze Regierungszeit auszunutzen, um zunächst zu einem Waffenstillstand, sodann wenn möglich auch zum Frieden zu gelangen. Der Abschluss eines Separatfriedens würde die Verwirklichung des erstrebten Kriegszieles, den Bruch Russlands mit seinen Verbündeten, bedeuten.“¹⁴ Vorseilend kann gesagt werden, dass diese Zielvorstellung von der deutschen Diplomatie bei den Verhandlungen in Brest vollständig erreicht wurde.

Ab Anfang 1918 wurde die Fixierung der deutschen öffentlichen Meinung auf die Anbahnung eines Friedensvertrags immer mehr durch das Interesse an den Grundzügen des neuen Regimes ergänzt, das sich in Russland etabliert hatte. Die proletarische Diktatur mit ihren außerordentlichen Maßnahmen gegen die „Bonzen und Saboteure“, die Einführung der Arbeiterkontrolle, also die Entfernung der Unternehmer von der Verwaltung des Eigentums, und schließlich die Verstaatlichung der Banken (5. Dezember 1917) ließen keinerlei Zweifel: In Russland hatte eine Sozialrevolution nach den Rezepten der in Deutschland geborenen marxistischen Ideologie begonnen, das bedeutete, die Erklärung im Sinne der „asiatischen Unkultur“, des „Aufstands des Sklavengeists“ und des anderweitigen Existenzialismus funktionierte nicht mehr.

Unter diesen Bedingungen erlangte die Bewertung der revolutionären Diktatur in Russland besondere Bedeutung für die ideellen Mistreiter – die sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands, die in der Zweiten Internationale als „vorbildlich“ galt. Ausgehend von pragmatischen Überlegungen begrüßten die Sozialdemokraten in der ersten Zeit die Machtergreifung der Bolschewiki, denn sie versprach ein schnelles Ende des Krieges im Osten. Am 5. Dezember 1917 schrieb die Zeitung der SPD „Vorwärts“, dass die „maximalistische Regierung Ordnung im Lande schafft“, die durch die politischen Stänkereien der vorhergegangenen Monate zerstört worden sei, wobei sie dies im Interesse des russischen Proletariats tue. Ideologische Differenzen wurden ausgeklammert, die Frage der Anwendbarkeit der russischen Erfahrungen auf Deutschland stellte sich nicht.¹⁵

Die linken Sozialisten untersuchten die Erfahrungen der Russischen Revolution und konzentrierten sich darauf, was sie in die Praxis des politischen Kampfes des Proletariats eingebracht hatte, und dies vor allem anhand des Problems der Arbeiterräte. Ihr positiv-teilnahmevolles Verhältnis zur Sowjetmacht hielt nicht lange vor, Katalysator der kritischen Bewertung wurde die Auflösung der Konstituierenden Versammlung in Petrograd durch die Bolschewiki. Karl Kautsky und nach ihm auch andere Ideologen der USPD – einer Partei der „Unabhängigen“ – kam zu dem Schluss, dass es in Russland nicht um die Diktatur des Proletariats als aufstrebende Klasse ging, sondern um die ungeteilte Macht einer einzigen Partei, die in ihrer Politik die Praktiken und Methoden der zaristischen Autokratie reproduziere. Ein anderer bekannter Theoretiker der USPD, Rudolf Hilferding, nahm die Regierung der Arbeiter- und Bauernräte in Russland ernst und verband das Entstehen dieser Regierungsform damit, dass die proletarische Bevölkerungsschicht in diesem Land verschwindend gering war. Deutschland jedoch, mit seiner Sozialstruktur einer

14 Ebd.

15 *Jürgen Zarusky: Vom Zarismus zum Bolschewismus. Die deutsche Sozialdemokratie und der „asiatische Despotismus“.* In: *Koenen, Kopelew* (Hrsg.), *Deutschland und die Russische Revolution*, S. 112

Industriegesellschaft, würde dem Kapitalismus mit Hilfe der bestehenden parlamentarischen Machtorgane ein Ende setzen, meinte Hilferding.¹⁶

Die Führer der radikalen Sozialisten – der Spartakusbund, der den Bolschewiki ideologisch nahe stand und daher in den Jahren des Ersten Weltkriegs mehr als andere Arbeiterorganisationen polizeilichen Verfolgungen ausgesetzt war – sahen im Oktober-Umsturz die Entfaltung und Ausweitung der im Februar begonnenen Prozesse. Gleichzeitig versuchten Rosa Luxemburg (die sich im Gefängnis befand) und ihre Mitstreiter, eine kritische Haltung zur Politik der Bolschewiki herauszuarbeiten, deren Schlüsselemente die Frage des Separatfriedens und des „roten Terrors“ waren.¹⁷

Die im Januar 1918 erschienenen Flugblätter des Spartakusbunds hoben neben den sozialen Zielen der neuen Etappe der Revolution den kompromisslosen Pazifismus der Bolschewiki und ihre Bereitschaft hervor, den Forderungen der werktätigen Massen entgegenzukommen. „[Die russischen Proletarier] kämpfen jetzt [...], auf das Bauerntum gestützt, um die Aufrechterhaltung und Befestigung ihrer soeben erlangten Herrschaft im Staat. Das Ziel das sie dabei verfolgen, ist eine doppeltes: Ein Ende mit dem Völkermord, ein Anfang mit der Verwirklichung des Sozialismus.“¹⁸ Nur grundlegende soziale Veränderungen, so Rosa Luxemburg und ihre Mitstreiter, könnten Garantien gegen Kriege sein, die Anfang des 20. Jahrhunderts zum Werkzeug der Zerstörung der menschlichen Zivilisation geworden seien – von ihrem materiellen Fundament bis zum System der moralischen Werte.

Der äußere Hauptfeind der russischen Proletarier war nach Meinung der „Spartakisten“ der deutsche Imperialismus. Der Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen in Brest dürfe die deutschen Arbeiter nicht in die Irre führen – „Die Bestie ändert nie ihre Natur“. Anders als Lenin, dem die Unvermeidlichkeit eines Separatfriedens bewusst war (auch wenn dieser in der ersten Zeit auf scharfen Widerstand seiner engsten Mitstreiter stieß), traten die deutschen Linkssozialisten für die Formel eines „allgemeinen Friedens“ ein und verstanden darunter den Sturz der Hohenzollernmonarchie. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten die deutschen Arbeiter nach dem Vorbild der Russischen Revolution Räte einrichten, die auch einen allgemeinen politischen Streik anführen sollten. Sie standen vor der Alternative: „Entweder muss die Regierung untergehen, oder das deutsche Volk ist unabwendbar dem Untergange geweiht! [...] Nur die Volksrevolution und die Volksrepublik in Deutschland würden imstande sein, den allgemeinen Frieden in kürzester Frist herbeizuführen.“¹⁹

Auch wenn die Flugblätter des Spartakusbunds die meisten deutschen Arbeiter nicht erreichten, die Nachrichten über die Russische Revolution weckten ihre soziale Aktivität, die ihren Ausdruck in der Losung fand: „Machen wir es wie in Russland!“. Das „Büro für Sozialpolitik“ der Regierung, das die Stimmungen im Arbeitermilieu verfolgte, teilte schon am 11. November 1917 mit: „Der Erfolg der Bolschewiki hat bei vielen deutschen Arbeitern die Frage geweckt: ist der

16 William Smaldone: Rudolf Hilferding. Tragödie eines deutschen Sozialdemokraten. Bonn 2000, S. 94.

17 Der Rußland-Komplex, S. 191

18 Ernst Meyer (Hrsg.): Spartakus im Kriege. Die illegalen Flugblätter des Spartakusbundes im Kriege. Berlin 1927, S. 179.

19 Da zdravstvuet vseobščaja zabastovka! Na bor'bu! In: Ebd., S. 187.

russische Weg nicht auch für uns richtiger als der der politischen und gewerkschaftlichen Kleinarbeit ohne große Gesichtspunkte und ohne das greifbare Erlebnis unmittelbarer grundstürzender Neugestaltung?“²⁰ Den Übergang vom Wort zur Tat symbolisierten die Massenstreiks in Berlin im Januar 1918, an denen sich bis zu einer halben Million Menschen beteiligte. Ohne zuverlässige Informationen über den Verlauf der Revolution in Russland nahmen die Arbeiter sie als Katalysator wahr, der erforderlich war, um sich von dem untertänigen Geist zu lösen, der den Deutschen von ihrer historischen Tradition aufgezwungen wurde.

Die hungrigen Massen waren gegen Ende des Weltkriegs vom Virus der Gleichgültigkeit infiziert, sie hatten ihren Glauben an den Sieg verloren, jammert in seinen Memoiren Feldmarschall Hindenburg.²¹ Sein engster Mitstreiter, General Ludendorff, machte die Zivilbehörden dafür verantwortlich, dass sie nicht mit eiserner Hand gegen die Arbeiteraufstände vorgegangen waren. Er schrieb, dass 1917 Reichskanzler Bethmann Hollweg und der österreichische Außenminister Graf Czernin „ganz unter dem Einfluss der russischen Revolution standen. Beide befürchteten Gleiches für ihre Länder.“²² „Die Führer der Arbeiterbewegung und die Hauptorgane der sozialistischen Presse, die später den Bolschewismus bekämpften, sahen in ihm noch immer keine besondere Gefahr“,²³ betonte Ludendorff in seinen Memoiren, „der „vergaß“, dass er selbst im Frühjahr 1917 das Einverständnis zur Beförderung Lenins durch deutsches Territorium gegeben hatte.

Äußerst unterschiedlich waren auch die Bewertungen der Losungen und Aktivitäten der Bolschewiki, die auf das Herannahen der proletarischen Revolution gerichtet waren. Sowohl vor, als auch nach dem Machtantritt erklärte Lenin, die Russische Revolution sei nicht so sehr eine nationale, als vielmehr eine internationale Erscheinung. Sie solle den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg verwandeln, d. h., in die entscheidende Konfrontation des europäischen Proletariats mit der Bourgeoisie, die den sozialistischen Veränderungen den Weg auf der ganzen Welt ebnen würde. Obgleich Russland sich an der Peripherie Europas befand und von den führenden Ländern durch die Frontlinie getrennt war, fand diese Propaganda doch ein lebhaftes Echo bei den werktätigen Massen. „Der Internationalismus war am Ende des Ersten Weltkriegs eines der eingängigsten Ideologeme der Bolschewiki, das in der Länge war (wenn auch in einer stark vereinfachten Form), selbst Soldaten aus der ungebildeten Bauernschaft zu politisieren.“²⁴

Das Versprechen der neuen Staatsgewalt Russlands, „einen Weltenbrand zu entfachen“, wurde von der deutschen liberalen Presse und der Öffentlichkeit als direkte Bedrohung der Werte der westlichen Zivilisation aufgefasst. Gleichzeitig mussten die Politiker und Publizisten anerkennen, dass die Lenin'sche Auslegung die marxistische Ideologie erneuerte und das passive Warten auf die Umsetzung der ehernen Gesetze der Geschichte durch einen revolutionären Aktivismus ersetzte. In ihren Äußerungen drangen sogar Anklänge des Neids gegenüber dem „uferlosen rus-

20 Günter Rosenfeld: Sowjetrussland und Deutschland 1917–1922. Berlin 1960, S. 9.

21 Gindenburg P.f. Iz moej žizni. Moskva 2013, S. 240 f.

22 Ljudendorf Ė. Moi vospominanija o vojne 1914–1918 gg. Moskva 2016, S. 391.

23 Ebd., S. 494.

24 Gleb Al'bert: „Mirovaja revolucija – prelestnaja vešč.“ Internacionalizm bolševistskich aktivistov pervych let sovetskoi vlasti. In: Bulletin des Deutschen Historischen Instituts Moskau 2012, Nr. 6, S. 23.

sischen Idealismus“ durch, der um ein Vielfaches größer sei als unser „enges und kleines westeuropäisches Leben“.²⁵

Besondere Angst vor dem „Weltbolschewismus“ und dessen möglicher Ausbreitung nach Deutschland hatte man im Berliner Auswärtigen Amt Anfang 1918 nicht. Die Diplomaten betrachteten die Ereignisse in Russland in der Tradition der Realpolitik als isolierte Erscheinung, als ein Ergebnis des Zusammenbruchs der morschen Staatsmaschinerie und gleichzeitig als sinnentleerten Aufstand der russischen Seele, den es auszunutzen galt. Ganz anders als die militärischen Kreise, die im Falle der Nichterfüllung der deutschen Ultimaten auf einer Wiederaufnahme der Kampfhandlungen bestanden,²⁶ traten die Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes für den Aufbau von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Sowjetrussland ein, um das Land in den deutschen Einflussbereich zu ziehen. Diese Position der diplomatischen Behörde blieb mit geringfügigen Veränderungen bis Ende 1918 erhalten.²⁷

Die Verhandlungen über den Abschluss eines Friedensvertrags ermöglichten es Vertretern der deutschen Regierungskreise, die Lage in Russland mit eigenen Augen zu sehen. Zum Jahreswechsel 1917/1918 reiste eine Regierungsdelegation nach Petrograd zur Mitwirkung an einer gemischten Kommission für Gefangenaustausch und Wiederaufnahme des Post- und Eisenbahnverkehrs. Ihr Leiter, Graf Wilhelm Mirbach, bemerkte in seinen Berichten, dass sich nach Meinung der in der russischen Hauptstadt verbliebenen Diplomaten neutraler Länder die Bolschewiki nicht lange an der Macht halten würden. Früher oder später „wird die Bevölkerung sehen, dass Trotzki und Lenin ihr kein Brot herbeizaubern, [...] und hebt neue Führer auf den Schild“.²⁸ Die Mitglieder der Delegation glaubten nicht, dass die Behörden Sowjetrusslands in kürzester Zeit eine kampffähige Armee wiederaufbauen könnten. Bereits nach der Unterzeichnung des Friedens von Brest-Litovsk führten deutsche Offiziere in den vordersten Einheiten der alten russischen Armee eine Massenumfrage durch, die zeigte, dass die überwiegende Mehrheit der Soldaten die Front verlassen wollte. Von 18.847 Befragten wollten 87 % in ihre Dörfer zurückkehren, 11,3 % in großen Städten bleiben und nur 1,7 % waren bereit, den Dienst in der Armee fortzusetzen.²⁹

Allerdings war der katastrophale Zustand der Armee auch ohne soziologische Umfragen offensichtlich. Die revolutionären Ultimaten der sowjetischen Delegation während der Verhandlungen in Brest heizten die Gier des kaiserlichen Militärs nur an, das die Teilung des geopolitischen „Niemandlands“ zwischen Weichsel und Wolga in Angriff genommen hatte. Die deutschen Mi-

25 Aus dem Vortrag des Literaten Arthur Luther „Die geistige und politische Vorstellungswelt der Bolschewiki“, gehalten in Berlin im Juni 1918. Zit. nach: *Koenen*, *Der Rußland-Komplex*, S. 142.

26 Siehe Bericht des Mitglieds der Mirbach-Delegation Admiral Keyserlingk aus Petrograd vom 21. Jan. 1918 (PA AA, R 10091). In dem Bericht gibt es Vermerke des Reichskanzlers Hertling, der den Satz unterstrich, dass Russland zur Selbstherrschaft zurückgekehrt sei, Lenin und Trotzki „stemmen sich gegen die Mitwirkung einer viel redenden Volksvertretung“.

27 Mehr siehe: *Vatlin A.Ju.* „Russkij otdel“ germanskogo MIDa na rubeže 1918–1919 gg. In: *Istoričeskij žurnal: naučnye issledovanija* 2015, Nr. 3, S. 377–385.

28 Bericht des Grafen Mirbach vom 4. Jan. 1918 aus Petrograd. PA AA, R 10088.

29 Telegramm aus dem Hauptquartier der Obersten Heeresleitung an das Auswärtige Amt vom 12. März 1918. PA AA, R 22314.

litärs und Diplomaten behaupteten Anfang 1918 einhellig, man könne Russland als Subjekt des Völkerrechts abschreiben. Die Versuche Trotzki's, seine Opponenten mit der Agitationslosung „Weder Krieg noch Frieden“ zu überlisten, schlugen fehl. General Max Hoffmann, der die erste Geige bei den Verhandlungen in Brest spielte, hatte Grund, über die „Diplomaten in Bastschuhen“ zu lästern, die aus Petrograd angereist waren. Die endgültige Variante des Friedens zwischen Sowjetrussland und den Mittelmächten schrieb nach seiner Meinung die Tatsache fest, „daß die russische Macht durch die Revolution und die Wirtschaft der Bolschewisten auf eine lange Reihe von Jahren erledigt war“.³⁰

Die russophilen Stimmungen des konservativen Teils der deutschen Elite, die insbesondere in den „Betrachtungen eines Unpolitischen“ von Thomas Mann zum Ausdruck kommen,³¹ wurden durch einen weiteren Anfall von großdeutschem Chauvinismus neutralisiert. Das Duumvirat Hindenburg-Ludendorff, das die gesamte Innenpolitik des Landes unter seine Kontrolle gebracht hatte, war 1917 bei der Außenpolitik angekommen. Man kann der Meinung des deutschen Historikers Karl Dietrich Erdmann zustimmen, dass die harte Politik der Militärs in der russischen Frage nicht nur der Wunsch bestimmte, der Entente zuvor zu kommen, sondern auch „ein militanter Antibolschewismus, die Vorstellung, Deutschland gegen die revolutionäre Infizierung abschirmen zu müssen“.³²

Der Widerstand der zivilen Entscheidungsträger führte zu ihrem Rücktritt, wie dies im Frühjahr 1917 bei dem Staatssekretär für Auswärtiges Zimmermann und im Sommer desselben Jahres mit Kanzler Bethmann Hollweg der Fall war. Nicht vergessen werden sollte auch der Einfluss, den der Donner der leichten Siege im Osten auf realistisch gesinnte Politiker hatte. Der künftige Außenminister der Weimarer Republik und in den Kriegsjahren Gesandter in Dänemark, Graf Brockdorff-Rantzau, befürwortete im Sommer 1917 einen Kompromissfrieden mit Russland, trat aber schon Anfang des Folgejahres für maximale Forderungen in Brest ein.³³ Kurt Riezler, einer der führenden Experten für Russland im deutschen Auswärtigen Amt (im April 1918 wurde er zum diplomatischen Dienst nach Moskau entsandt), sprach sich am Vorabend der Unterzeichnung des Friedensvertrags dafür aus, „Schritt für Schritt die für uns wichtigen Gebiete“ des ehemaligen Russischen Reiches „abzurufen“.³⁴ Die deutsche Entscheidung über den Abbruch der Friedensverhandlungen und einen neuen Vormarsch auf Petrograd wurde im Kronrat gefasst, der am 13. Februar 1918 zusammenkam. Der Meinung des Staatssekretärs für Auswärtiges, Kühlmann, der darauf bestand, dass es nutzlos sei, die revolutionäre Denkungsweise mit militärischer Gewalt zu bekämpfen, wurde keine Beachtung geschenkt.³⁵

30 *Max Hoffmann*: Der Krieg der versäumten Gelegenheiten. München 1924, S. 223.

31 Siehe ausführlicher: *Gerd Koenen*: Betrachtungen eines Unpolitischen. Thomas Mann über Rußland und den Bolschewismus. In: *Koenen, Kopelew* (Hrsg.), Deutschland und die Russische Revolution, S. 313–379.

32 *Karl D. Erdmann*: Kurt Riezler – ein politisches Profil. In: *Riezler*, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, S. 101 f.

33 *Christiane Scheidemann*: Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869–1928). Eine politische Biographie. Frankfurt a. M. 1998, S. 345.

34 Schreiben Riezlers an den deutschen Gesandten in Schweden, Bergen, vom 21. Febr. 1918. In: *Riezler*, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, S. 704 f.

35 *Winfried Baumgart*: Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Wien/München 1966, S. 64.

Angesichts der skrupellosen Teilung der Kriegsbeute im Osten erhoben auch die größten Unternehmer Deutschlands ihre Stimmen. In ihren Memoranden baten sie, nicht nur die zu erwartenden „Vorteile“ bei der Ausbeutung der Ressourcen der erworbenen Territorien zu berücksichtigen, sondern auch die Verluste der deutschen Investitionen durch die von den sowjetischen Staatsorganen durchgeführte Nationalisierung. Laut den Einschätzungen der Kapitäne der Finanzbranche, die der deutschen Regierung am 27. Februar 1918 vorgelegt wurden, beliefen sich diese Verluste auf 4 bis 5 Mrd. Mark.³⁶

Die Unterzeichnung des Friedensvertrags von Brest-Litovsk zog nicht nur einen Schlussstrich unter die Beteiligung Russlands am Ersten Weltkrieg, sondern ermöglichte es den Bolschewiki darüber hinaus, die eigene Diktatur zu verschärfen. Die deutschen Beobachter, darunter auch die nach Moskau gekommenen Journalisten und Diplomaten, hoben die Präsenz der „eisernen Hand“ und die Unumkehrbarkeit der eingetretenen Veränderungen hervor. „In ihrer Verzweiflung sind die Bolschewisten zu allem bereit“, bemerkte Kurt Riezler in seinem Bericht vom 4. Juni, wobei er der Sowjetmacht zum wiederholten Mal eine Lebensdauer von nur wenigen Wochen einräumte.³⁷

Während die herrschenden Kreise in Deutschland in der Frage des Schicksals der ersten russischen Demokratie auf die richtige Antwort tippten und ihren destruktiven Charakter und ihre kurze Lebensdauer hervorhoben, lagen sie in der Bewertung der Perspektiven der bolschewistischen Diktatur absolut falsch. Indem sie anfangs von Tagen und Wochen und später von Monaten sprachen, die Lenin sich an der Macht halten könne, schenkten sie der marxistischen Verpackung, in der die ersten Schritte der revolutionären Diktatur serviert wurden, zu viel Glauben. Darüber, dass sich die „Utopisten an der Macht“ als durchtriebene Pragmatiker erwiesen und der von ihnen eroberte Staat nicht im Begriff war, „abzusterben“, wobei er sich zunehmend der Methoden des totalen Terrors bediente, begann man in Berlin erst im Sommer 1918 zu sprechen, und auch hier nur die mutigsten Kommentatoren der deutschen Presse.³⁸

Die neue geopolitische Realität, die in Mitteleuropa durch den „Raubfrieden“ entstanden war, rief bei nüchtern denkenden deutschen Politikern Zweifel an der künftigen Stabilität der Region hervor. Walther Rathenau gestand ein, dass die vier unabhängigen Staaten, die in den westlichen Randgebieten des Russischen Reiches entstanden waren, den Deutschen kein ruhiges Leben ermöglichen würden. „Welch harmloser Nachbar war dagegen das imperiale Rußland!“ schrieb der künftige Außenminister der Weimarer Republik.³⁹ Nach Brest war nicht nur Russland Vasall des deutschen Imperialismus (hierüber wurde in der sowjetischen Presse offen geschrieben), sondern auch Deutschland selbst war gezwungen, sein Schicksal mit den Bolschewiki zu verknüpfen,

36 Rosenfeld, Sowjetrussland und Deutschland 1917–1922, S. 89.

37 Die regelmäßigen Berichte der deutschen Botschaft in Moskau begannen am 28. April 1918, die Verfasser waren Botschafter Mirbach und der erste Botschaftssekretär Kurt Riezler. PA AA, R 10111.

38 Siehe Reportagen des Korrespondenten der Zeitung „Frankfurter Zeitung“ in Moskau, Alfons Paquet im Buch Koenen, Der Rußland-Komplex, S. 158 ff.

39 Schreiben Rathenaus an Major Wilhelm Steinböhmer vom 1. März 1918. In: Walther Rathenau: Politische Briefe. Dresden 1929, S. 173.

denn die RKP(b) blieb nach einhelliger Meinung der Berliner Politiker die einzige Partei in Russland, mit der sie weitere Verhandlungen führen konnten.⁴⁰

Einer der Gründe für die Revolution, die in Berlin im November 1918 ausgebrochen war und die Hohenzollernmonarchie gestürzt hatte, war nicht nur der verlorene Krieg, sondern auch der Einfluss der Russischen Revolution, den im Laufe des Jahres die „Unteren“ und die „Oberen“ der deutschen Gesellschaft zu spüren bekamen. Sie setzte den unheilvollsten Attributen des „alten Regimes“ ein Ende und bereitete den Boden für neue politische Institutionen. Die Berliner Revolutionäre übernahmen eifrig die russischen Erfahrungen, nannten ihre Regierung „Rat der Volksbeauftragten“ und errichteten im ganzen Lande Räte der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Aber dies war auch wieder nur so eine Verpackung, in der ein anderer, liberal-demokratischer Inhalt enthalten war. Anders als in Russland, das nur ein halbes Jahr nach dem Sturz der zaristischen Autokratie zu seinem „Sonderweg“ zurückgekehrt war, hielt die erste deutsche Demokratie das Land ein ganzes Jahrzehnt lang davon ab, in einen weiteren „Sonderweg“ abzugleiten.

40 Am 26. März 1918 vom Führer der Deutschen Zentrumspartei und Reichstagsabgeordneten Matthias Erzberger im Auswärtigen Amt übergebenes Memorandum. PA AA, R 2000.